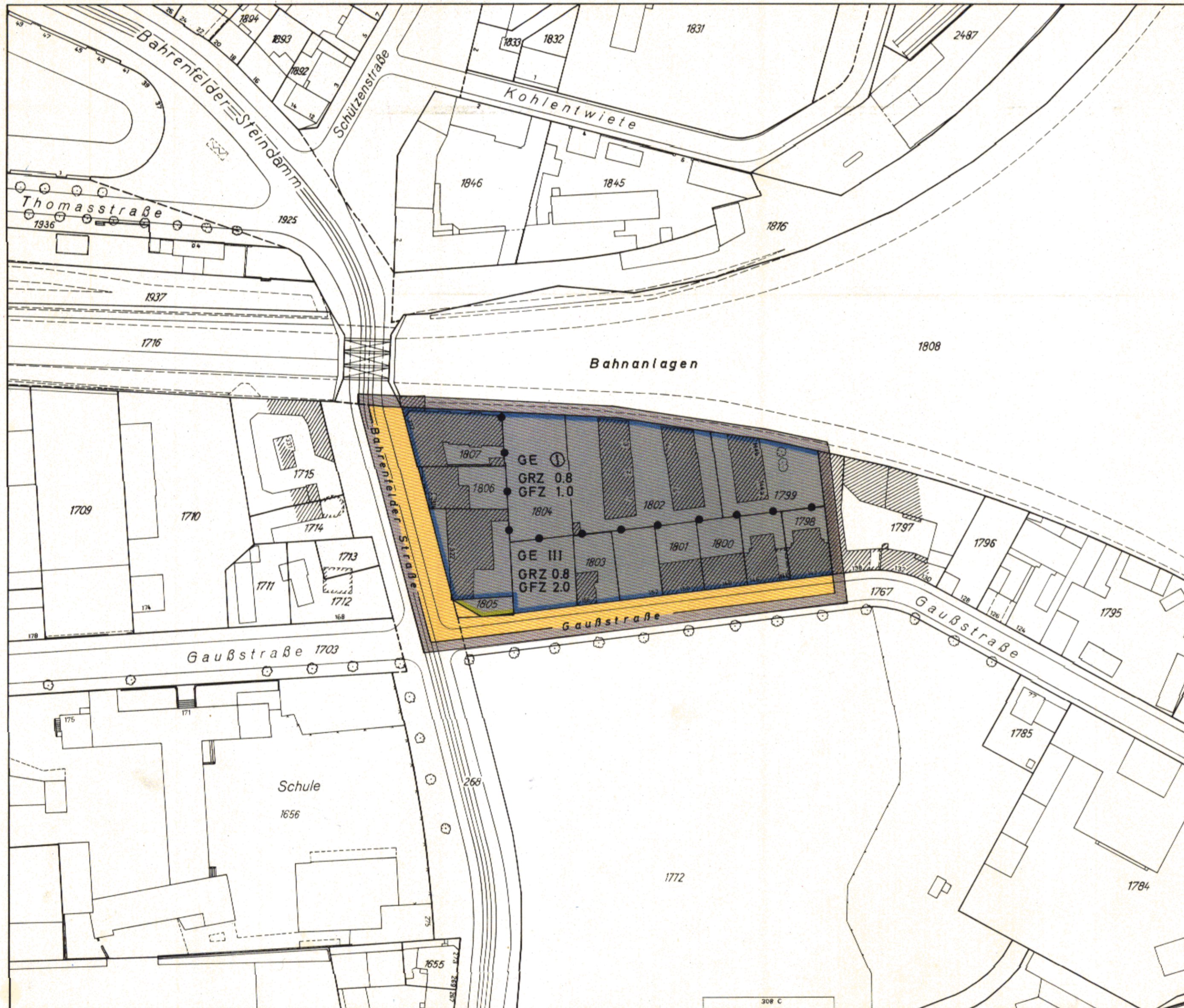


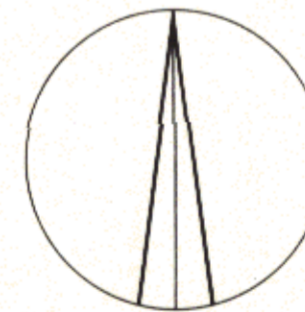
OTTENSEN 42

BEBAUUNGSPLAN OTTENSEN 42



- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANS
- BAUGRENZE
- STRASSENBEGRENZUNGSLINIE
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG
- GEWERBEGEBIETE z. B. III
- ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGRENZE ZWINGEND z. B. I
- GRUNDFLÄCHENZAHL z. B. GRZ 0.8
- GESCHOSSFLÄCHENZAHL z. B. GFZ 1.0
- STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN
- KENNZEICHNUNG
- VORHANDENE BAUTEN

HINWEIS
 MASSGEBEND IST DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG
 IN DER FASSUNG VOM 26. NOVEMBER 1968
 (BUNDESGESETZBLATT I SEITE 1238)



1:1000

Festgestellt durch Verordnung vom 28. 10. 1975

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
BEBAUUNGSPLAN AUFGRUND DES BUNDESBAGGESETZES VOM 23. JUNI 1960 (BGBl. S. 341)
OTTENSEN 42
 BEZIRK ALTONA ORTSTEIL 210

Feldvergleich vom Febr. 73
 Kataster- und Vermessungsamt
 Freie und Hansestadt Hamburg
 Baubehörde
 Landesplanungsamt
 2 Hamburg 36, Stadthausbrücke 8
 Ruf 35 10 71

Archiv

Nr. 23791

Reproduktion und Offsetdruck: Vermessungsamt Hamburg 1975

**Verordnung
über den Bebauungsplan Ottensen 42**

Vom 28. Oktober 1975

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 341) in Verbindung mit § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung vom 3. Juli 1961 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232) wird verordnet:

Einziger Paragraph

(1) Der Bebauungsplan Ottensen 42 für den Geltungsbereich Bahrenfelder Straße — Nordgrenzen der Flurstücke 1807, 1804, 1802, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 1799 — Ostgrenze des Flurstücks 1798 der Gemarkung Ottensen — Gaußstraße (Bezirk Altona, Ortsteil 210) wird festgestellt.

(2) Das maßgebliche Stück des Bebauungsplans wird beim Staatsarchiv zu kostenfreier Einsicht für jedermann niedergelegt. Ein Abdruck des Plans kann beim örtlich zuständigen Bezirksamt kostenfrei eingesehen werden. Soweit zusätzliche Abdrucke beim Bezirksamt zur Verfügung stehen, können sie gegen Kostenerstattung erworben werden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 28. Oktober 1975.

**Verordnung
zur Änderung des Bebauungsplans Barmbek-Süd 21**

Vom 28. Oktober 1975

Auf Grund des § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I Seite 341) in Verbindung mit § 2 Absatz 3 des Gesetzes über die Feststellung von Bauleitplänen und ihre Sicherung vom 3. Juli 1961 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 232) sowie des § 114 Absatz 1 Nummern 1 und 6 der Hamburgischen Bauordnung vom 10. Dezember 1969 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 249) wird verordnet:

Einziger Paragraph

1. Die im Gesetz über den Bebauungsplan Barmbek-Süd 21 vom 15. Mai 1972 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 90) für Teile des Flurstücks 744 der Gemarkung Barmbek als Höchstgrenze festgesetzte Zahl von zwanzig Vollgeschossen wird in die Festsetzung von drei-

undzwanzig Vollgeschossen als Höchstgrenze geändert; die für dieses Flurstück bisher zulässige Geschoßfläche von 11 450 m² wird auf die zulässige Geschoßfläche von 13 400 m² festgesetzt.

2. § 2 Nummern 1 und 2 des Gesetzes über den Bebauungsplan Barmbek-Süd 21 erhält folgende Fassung:

„1. In den dreiundzwanzig- und neunundzwanzigeschossigen Gebäuden im Kerngebiet sind Wohnungen oberhalb des vierten Vollgeschosses zulässig.

2. Die Traufhöhen betragen für das zweiundzwanziggeschossige Gebäude 91 m, für das dreiundzwanziggeschossige Gebäude 83 m und für das neunundzwanziggeschossige Gebäude 95 m über Geländeoberfläche.“

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 28. Oktober 1975.